



Bettina Hagedorn

Eure Bundestagsabgeordnete für Ostholstein und Nordstormarn

www.bettina-hagedorn.de

**Stark im Handeln –
nah bei den Menschen!**

Bericht über meine Arbeit als Bundestagsabgeordnete

für die Jahre 2013 bis 2016

Kasseedorf, im Oktober 2016

Liebe Genossinnen und Genossen,

seit September 2002 darf ich die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in diesem schönen Wahlkreis Ostholstein/Nordstormarn im Bundestag in Berlin vertreten – und ich würde es gerne auch künftig tun. Darum werbe ich für eine fünfte Wahlperiode um Euer Vertrauen als SPD-Bundestagskandidatin und möchte im September 2017 – wie schon 2002 und 2005 – nach einem starken Wahlkampf im Herbst erneut DIREKT in den Deutschen Bundestag gewählt werden. DAS ist mein Ziel und das können wir gemeinsam mit dem Rückenwind einer erfolgreichen Landtagswahl im Mai erreichen!



„Stark im Handeln – nah bei den Menschen“ – seit fast einem Jahrzehnt ist das mein Leitsatz für meine politische Arbeit. Ich bleibe meinem Politikstil treu: immer fair, in der Region verwurzelt, mit offenem Ohr für die Sorgen der Menschen, im engen Kontakt mit Institutionen, Verbänden, Unternehmen und ihren Betriebsräten, regelmäßig präsent bei den jungen Menschen in den Schulen wie bei den Älteren in den Senioreneinrichtungen. Die Menschen zwischen Puttgarden und Reinfeld wissen: Auf mich können sie sich verlassen. Und vor allem können sie sich darauf verlassen, dass ich „mein Fähnlein nicht in den Wind hänge“, wenn der Wind kräftig von vorne bläst. Mit dieser Gradlinigkeit habe ich mir in den 33

• Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • ☎ (030) 227 – 73 832 • 📠 (030) 227 – 76 920

✉ bettina.hagedorn@bundestag.de

Wahlkreisbüro • Lübecker Straße 6 • 23701 Eutin • ☎ (04521) 7 16 11 • 📠 (04521) 7 83 86

✉ bettina.hagedorn.wk@bundestag.de

Jahren meiner politischen Arbeit in der Kommunal-, Partei- und Bundespolitik nicht nur Freunde gemacht – aber heute spüre ich stärker als je zuvor, dass selbst jene, die meine Auffassungen nicht immer teilen, mir gerade deswegen Glaubwürdigkeit bescheinigen.

Fakt ist: Als die SPD-Mitglieder 2013 dem Koalitionsvertrag mit CDU und CSU in einem beispiellosen Mitgliederentscheid mit großer Mehrheit von 76 Prozent zugestimmt haben, war das keine Wunschkoalition. Wir haben uns als Große Koalition jedoch ehrgeizige Ziele gesteckt, für deren Umsetzung wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns 2013 im Wahlkampf eingesetzt haben. So konnten wir schon 2014 und 2015 viele und gute Entscheidungen durchsetzen: Seit Jahren hat die SPD an der Seite der Gewerkschaften in jedem Wahlkampf **für einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro** gekämpft, den CDU/CSU und FDP ebenso lange erbittert verhindern wollten. Am **3. Juli 2014** war endlich der historische Tag, an dem der Bundestag mit übergroßer Mehrheit (nur die Linke enthielt sich komplett der Stimme und bei der Union waren fünf Unbelehrbare dagegen) für den Mindestlohn stimmte und so dafür sorgte, dass für mindestens 3,7 Mio. Menschen bundesweit ab 1. Januar 2015 das Lohndumping ein Ende hat.



Für Beschäftigte in Ostholstein mit seinen traditionell niedrigen Löhnen im Dienstleistungs- und Gastgewerbe ist das ein besonderer Meilenstein: 2013 arbeiteten hier über 20.000 Menschen für weniger als 6,50 Euro pro Stunde – davon über 8.500 sogar in Vollzeit! Dank des Erfolgs beim

Mindestlohn konnten sich die Rentner in diesem Jahr über die **höchste Rentenerhöhung seit der Wende** freuen: Mehr als 5 Prozent mehr pro Monat gibt es seit Juli. Zudem haben wir am 23. Mai 2014 die **abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren** beschlossen, von der allein im Jahr 2014 10 Millionen Menschen bundesweit profitieren, sowie die **Mütterrente** für diejenigen 9,5 Millionen Frauen, die vor 1992 Kinder geboren haben und nun pro Kind monatlich 28,60 Euro mehr erhalten – und das automatisch und unbürokratisch ohne Antrag. In den Koalitionsverhandlungen haben wir außerdem eine **Solidarrente von 850 Euro** gegen die Union durchgesetzt – jetzt müssen CDU und CSU endlich „Farbe bekennen“ und ihre Blockade gegen die Umsetzungsvorschläge unserer Ministerin Andrea Nahles aufgeben! Ebenfalls aufgeben sollte die Union ihre Blockade bei den **Gesetzen zur Einschränkung von Leiharbeit und Werkverträgen**. Die ersten beiden **Pflegestärkungsgesetze** sind in Kraft und das dritte befindet sich im parlamentarischen Verfahren. Mit dem **Elterngeld Plus** haben wir einen weiteren wichtigen **Baustein für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf** gesetzt und machen es Eltern leichter, intensiv für ihr Kind da zu sein

und gleichzeitig Verantwortung im Beruf zu übernehmen. Nach jahrelangen Diskussionen haben wir endlich wenn auch bisher nur für Aufsichtsräte großer Unternehmen den Einstieg in die **Frauenquote** durchgesetzt. Wir haben **Länder und Kommunen** in zweistelliger Milliardenhöhe finanziell entlastet und sie beim Kita-Ausbau gestärkt. Wir haben 4 Mrd. Euro für den **Ausbau des schnellen Internets im ländlichen Raum** bewilligt, nachdem unter Schwarz-Gelb dafür kein einziger Cent bewegt worden war!



18.03.16: Frauenpower für gleichen Lohn! In der Mitte mit SPD-Generalsekretärin Katarina Barley

In dieser Großen Koalition haben wir mehr als 10 Mrd. Euro zusätzlich für Investitionen für den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur im Haushalt verankert, um Brücken, Straßen, Wasser- und Schienenwege zu sanieren. Mit der **Ausweitung der Lkw-Maut auf alle Bundesstraßen** (heute 13.000 km, dann 40.000 km) ab Juli 2018 – seit Jahren eine zentrale SPD-Forderung, die zu jährlichen Mehreinnahmen von gut 2 Mrd. Euro führt – haben wir schon jetzt die finanziellen Voraussetzungen geschaffen, um auch in der kommenden Wahlperiode mehr Geld in die Sanierung unserer Verkehrsinfrastruktur investieren zu können!

Den für mich persönlich seit 2002 im Bundestag größten Erfolg schaffte ich im Januar 2016: Mein persönlich im Oktober 2015 erarbeiteter und monatelang mit der Union hart verhandelter Antrag zu mehr Lärmschutzmaßnahmen an europäischen Schienen-Güterverkehrstrassen wurde eins zu eins **EINSTIMMIG** im Plenum beschlossen –



© studio kohlmeier berlin

eine riesige Unterstützung und Hoffnung für die gestressten Anwohner dieser besonders belasteten Trassen, die ich mit einer Rede im Plenum zusagen konnte.

Der von mir erarbeitete Antrag ermöglicht:

1. Lärmschutz über das gesetzliche Maß hinaus an Schienengütertrassen, wenn diese Teil der Korridore des TEN-Verkehrs-Kernetzes sind.
2. werden für diese Trassen Ausbaustrecken und Neubaustrecken bei der Kostenbeteiligung von Kommunen gleichgestellt.

Konkret soll hierzu das Eisenbahnkreuzungsgesetz novelliert werden, sodass künftig auch bei Ausbaustrecken auf diesen Trassen die Deutsche Bahn 100 Prozent der Kosten trägt. 3. wird die Bürgerbeteiligung in Dialogforen, bzw. in Projektbeiräten (wie bei der Rheintalbahn und der

Hinterlandanbindung der FBQ) gestärkt: Sie können nun auch mit Beschlüssen, die Mehrkosten über das gesetzliche Maß hinaus zur Konsequenz haben, ohne Denkverbote Einfluss auf künftige Planfeststellungsverfahren nehmen, wenn diese Mehrkosten geeignet und erforderlich sind, um die berechtigten Anliegen der Menschen in den Regionen aufzugreifen. Das ist ein **Riesenerfolg für Ostholstein und Nordstormarn**, FALLS die Fehmarnbeltquerung und ihre Hinterlandanbindung gebaut werden sollten!

Die Weichen sind gestellt, es geht Deutschland gut. Für die SPD kann ich für diese Legislaturperiode nur bilanzieren: **Versprochen – gehalten!**

Stark im Handeln: Meine Aufgaben in Berlin

14 Jahre im Haushaltsausschuss und im Rechnungsprüfungsausschuss

Wie Ihr wisst, bin ich seit meiner Wahl in den Bundestag 2002 Mitglied im sogenannten „Königsausschuss“, dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages. Meine Aufgaben dort sind stetig gewachsen – so bin ich seit 2009 die **stellvertretende haushaltspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion** und wurde im gleichen Jahr erstmals in den **SPD-Fraktionsvorstand** gewählt. Ebenfalls seit 2002 gehöre ich dem **Rechnungsprüfungsausschuss** an, der die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Bundesministerien überwacht und kontrolliert – **in dieser Legislaturperiode leite ich als Ausschussvorsitzenden dieses schlagkräftige Gremium.**

Seit 2013 bin ich im Haushaltsausschuss zuständig für das Bundesverkehrsministerium, das mit gut 26 Mrd. Euro und dem höchsten Investitionsanteil überhaupt zu den ganz großen Ressorts auf Bundesebene gehört. Natürlich habe ich angesichts meiner gewachsenen Aufgaben im Haushaltsausschuss inzwischen häufiger Gelegenheit, im Plenum des Bundestags zu reden – nicht nur beim Haushalt des Verkehrsministeriums, sondern auch bei den allgemeinen Haushaltsdebatten und zu Euro-Debatten, bis hin zur „Elefantenrunde“ (inzwischen dreimal), der Generaldebatte über die Politik und den Haushalt der Bundeskanzlerin. **Insgesamt 25 Reden habe ich seit 2013 gehalten, die ihr selbstverständlich alle über meine Homepage www.bettina-hagedorn.de anklicken und anschauen könnt.**



07.09.16: Rede im Rahmen 1. Lesung des Bundeshaushalts 2017

Nah bei den Menschen: Meine Arbeit für Ostholstein und Nordstormarn

Nach 20 Jahren aktiver Kommunalpolitik, u.a. von 1997 bis 2003 als ehrenamtliche Bürgermeisterin und Amtsvorsteherin im Bungsbergraum (bis 2003), ist mir auch meine **Arbeit in der AG Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, deren stellvertretende Sprecherin ich seit 2005 bin**, sehr wichtig. Insbesondere die Herausforderungen des ländlichen Raums fallen dort in meinen Zuständigkeitsbereich. Um einen direkten Draht zu den aktiven



03.05.16: Bettina Hagedorn mit Bürgermeisterin Hatice Kara (3.v.r.) und Vertretern der Fraktionen in Timmendorfer Strand.

Kommunalpolitikern in Ostholstein und Nordstormarn zu halten, **besuche ich regelmäßig fraktionsübergreifend alle Bürgermeister und Amtsvorsteher meines Wahlkreises mit ihren ehrenamtlichen Gremien und Verwaltungsmitarbeitern**, um mich mit ihnen über aktuelle Probleme in den Kommunen – insbesondere an der Schnittstelle zur Bundes- und Landes-

politik – auszutauschen. Solche **Rathausgespräche haben für mich seit dem Beginn meiner Zeit als Bundestagsabgeordnete Tradition**, zuletzt habe ich 2012 und 2013 die Rathäuser meines Wahlkreises besucht. In diesem Jahr liegen **insgesamt bereits 12 Rathausgespräche** in Reinfeld, Neustadt, Timmendorfer Strand, Fehmarn, Oldenburg, Ratekau, Grömitz, Stockelsdorf, Malente, Eutin, Ahrensböök und Scharbeutz hinter mir. Weitere Gespräche in Heiligenhafen, Bad Schwartau und Lensahn sind noch bis Ende des Jahres terminiert, aber auch das Rathaus Süsel sowie die Ämter Oldenburg Land und Nordstormarn werde ich selbstverständlich 2017 noch besuchen. Im Mittelpunkt der Gespräche standen immer wieder die Integration von Flüchtlingen, aber auch andere vor Ort wichtige Themen wie etwa der Kita-Ausbau, der soziale Wohnungsbau und der Tourismus.

Mir ist es als Bundestagsabgeordnete seit 2002 ein wichtiges Anliegen, den Bürgerinnen und Bürgern schnell und „aus erster Hand“ das Angebot vor Ort zu machen, über aktuelle Themen und Entwicklungen sowie deren Auswirkungen auf unsere Region gemeinsam mit sachkompetenten Kolleginnen und Kollegen (nicht nur) aus dem Bundestag direkt zu informieren und zu diskutieren. Dies geht am besten im direkten Gespräch, so dass ich **in den vergangenen rund 3 ½ Jahren wieder zu mehr als 30 Veranstaltungen zu aktuellen und teils kontroversen politischen Themen eingeladen** habe.

Besondere Bedeutung für mich hatte dabei natürlich weiterhin die **geplante feste Fehmarnbeltquerung mit ihrer Hinterlandanbindung**. Deshalb hat es mich auch besonders gefreut,

dass ich am 16. und 17. Januar 2015 einen Gast aus Bayern in meinem Wahlkreis begrüßen konnte, der als einer von 13 SPD-Abgeordneten im Juni 2009 mit mir GEGEN den Staatsvertrag zur FBQ gestimmt hat und dessen Wort in Berlin Gewicht hat: Der **Verkehrsausschussvorsitzende im Bundestag, Martin Burkert (SPD)**, kam auf meine Einladung am 16. Januar 2015 nach Ratekau, um mit ca. 100 Gästen unter dem Titel „**Zeitdruck und Kostenexplosion bei Verkehrsprojekten**“ über die geplanten Hinterlandanbindung der Fehmarnbeltquerung zu diskutieren.



17.01.15: Beim Ortstermin mit Martin Burkert, MdB in Strukkamp

Unter der Überschrift „Ja zu umweltfreundlichem Fährverkehr“ habe ich dann am Morgen des 17. Januar 2015 zusammen mit Martin Burkert und dem Scandlines-CEO Søren Poulsen zu einer Diskussionsrunde über die „zero-emission ferry“ an Bord der „Prinzesse Benedikte“ geladen. Mit 40 Personen war der Veranstaltungsraum schnell ausgebucht: Vertreter von Bürgerinitiativen, Umweltverbänden und Gemeinden waren ebenso zahlreich gekommen wie viele Anwohner. Weiter ging es am 17. Januar 2015 mit einer „**Ostholstein-Tour**“ nach **Strukkamp auf Fehmarn, Großenbrode und Bad Schwartau** – drei Orte, die von einer Fehmarnbeltquerung und ihrer Hinterlandanbindung besonders be-



08.12.15: Bettina Hagedorn mit Manuela Herbort und Bernd Homfeldt (beide Deutsche Bahn) in Scharbeutz.

troffen wären. Mit dabei waren die Konzernbevollmächtigte der Deutschen Bahn, Manuela Herbort, und der DB-Projektleiter für die Hinterlandanbindung, Bernd Homfeldt. Bei diesem Besuch haben wir zugesagt, den informativen Dialog noch im Jahr 2015 fortzusetzen – eingelöst haben wir dieses Versprechen mit einer **Diskussionsveranstaltung am 8. Dezember in Scharbeutz mit Manuela Herbort und Bernd Homfeldt im vollbesetzten Kurhaus.**

Die Beltquerung wird sich auch auf Reinfeld und Nordstormarn auswirken. Deshalb habe ich **zusammen mit der SPD Reinfeld und unserem SPD-Bürgermeister Heiko Gerstmann am 22. Mai 2015 zu einer Diskussionsveranstaltung unter der Überschrift: „Güterverkehr durch die Beltquerung – (k)ein Thema für Stormarn?!“ eingeladen.** Diskutiert wurden Fragen wie Lärmschutz, Anbindung der Region oder Umweltauswirkungen.

Aber nicht nur die deutsche, sondern auch die dänische Öffentlichkeit muss erfahren, wie groß – und vor allem wie berechtigt – der Widerstand gegen die Feste Fehmarnbeltquerung nicht nur in der Region Ostholstein ist. Daher bin ich **am 12. März 2015 als „Special Guest“ des NABU mit Malte Siegert nach Kopenhagen gereist**, um im Gespräch mit den dänischen Medien über die schwerwiegenden Bedenken zur Festen Beltquerung auf deutscher Seite und über die Diskussion um den Art. 22 („Ausstiegsklausel“) aufzuklären. Die Kosten explodieren in beiden Ländern, während die Verkehrsprognosen stagnieren und auf fehlerhafter Grundlage kalkuliert wurden. Die Zeitpläne sind mit 2028 zwar schon korrigiert, aber immer noch geschönt, weil z.B. Zeitpuffer für Klageverfahren nicht berücksichtigt sind, obwohl der Rechtsweg ganz sicher beschritten wird. **Zusammen mit unserem SPD-Kreisvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Lars Winter reiste ich am 16. Mai 2015**

auf Einladung des Folketing-Abgeordnete Lennart Damsbo-Andersen und des Bürgermeisters der Kommune Lolland, Holger Schou Rasmussen, zum weiteren Austausch nach Lolland – beides Sozialdemokraten und FBQ-Befürworter. Hauptthema war die Sorge der Menschen in Ostholstein, dass – bedingt durch Bauverzögerungen der deutschen Hinterlandanbindung bis möglicherweise



16.05.15: Lars Winter, Holger Schou Rasmussen und Lennart Damsbo-Andersen auf Lolland

2028 oder länger – nach Fertigstellung des Belttunnels jahrelang Güterzüge ohne hinreichenden Lärmschutz über Sundbrücke und Bestandstrasse rollen könnten. Dabei konnten wir unseren dänischen Gastgebern vor Augen führen, dass – egal wie sehr sich das Projekt in Deutschland verzögern wird – Dänemark sicherstellen muss, dass alle Güterzüge über Jütland geleitet werden, bis die Hinterlandanbindung betriebsbereit ist. Im **November 2015** kamen auf Einladung des Verkehrsausschusses des Bundestages Mitglieder des **dänischen Verkehrsausschusses mit ihrem Vorsitzenden Lennart Damsbo-Andersen nach Berlin.** **Am 2. und 3. November 2016** werde ich erneut – dann mit einer **Delegation des Bundestags-Verkehrsausschusses unter Leitung von Martin Burkert – nach Kopenhagen reisen** und weitere Gespräche mit den dänischen Verkehrspolitikern führen. Zudem wird es am **3. November 2016 eine Diskussionsrunde mit Martin Burkert auf Fehmarn** zum Thema **Bundesverkehrswegeplan** geben – in dem für die Hinterlandanbindung der FBQ nach eigenen Zahlen des Verkehrsministeriums **430 Mio. Euro zu wenig** angegeben sind!

Neben der Fehmarnbeltquerung hat in den letzten Monaten vor allem die **denkmalgeschützten Fehmarnsund-Brücke** „Schlagzeilen gemacht“. **Durch einen Bericht des Bundesrechnungshofes vom April 2016 wurde offenbar, in was für einen schlechten Zustand unser „Kleiderbügel“ ist** – laut Bundesrechnungshof hat die Deutschen Bahn schon seit 2000 die Instandhaltung unseres Wahrzeichens vernachlässigt, sodass sich bereits im Jahr 2012 ein **Instandhaltungsbedarf von mehr als 21 Mio. Euro** aufgetürmt hatte. Dennoch wolle die Bahn nicht vor 2017 mit Sanierungen für 8 Mio. Euro beginnen und nur noch ein Neubau der Brücke verfolgen, sodass 2030 der Abriss der Brücke endgültig besiegelt wäre und die Deutsche Bahn AG alle eigentlich erforderlichen Instandhaltungsmaßnahmen „sparen“ könnte. **Am 19. Mai 2016 folgte der Projektleiter der Deutschen Bahn für die Schienenhinterlandanbindung, Bernd Homfeldt, meiner Einladung zu einer öffentlichen**



19.05.16: Heinz-Jürgen Fendt, Lars Winter, MdL, der Ortsvereinsvorsitzende Andreas Herkommer, DB-Projektleiter Bernd Homfeldt und Fehmarns Bürgermeister Jürgen Weber in Bannesdorf

Discussion über dieses Thema unter dem Titel „SOS für die Sundbrücke“ in Bannesdorf auf Fehmarn, bei der über 80 interessierte Gäste ihre kritischen Fragen an den Bahn-Vertreter stellen konnten.

Der **Rechnungsprüfungsausschuss (RPA)** unterstützte unterdessen am 24. Juni ausdrücklich den extrem kritischen Bericht des Bundesrechnungshofes (BRH) und verpflichtete einstimmig die Deutsche Bahn und das Verkehrsministerium, die Instandsetzung der Sundbrücke sicherzustellen und in der Vorplanung auch den dauerhaften Erhalt und die Ertüchtigung der vorhandenen Brücke mit „abgespeckter“ Neubauvariante zu untersuchen. Dazu muss das bereits laufende europaweite Ausschreibungsverfahren von bisher nur vier Neubauvarianten geändert werden! Ich werde mich weiterhin für den Erhalt und die dringend notwendige Ertüchtigung der Fehmarnsundbrücke einsetzen. Darum bin ich froh, **dass der Rechnungsprüfungsausschuss am 17. November 2016 aufgrund meiner Initiative zu einem „Ortstermin“ nach Fehmarn kommen wird**, um sich selbst vom Zustand der Brücke zu überzeugen. Zu diesem Termin müssen der Rechnungshof, das Bundesverkehrsministerium und die Bahn hochrangig vertreten sein. Für 2017 liegt mir die Zusage von Bahnchef Rüdiger Grube vor, mit mir bei einem Ortstermin den Dialog in Ostholstein fortzusetzen.

Neuordnung der Pflegebranche!

Um im direkten Kontakt mit Bewohnern von Pflegeeinrichtungen, Patienten und Pflegekräften vor Ort den realen Alltag in der Pflege kennenzulernen und diese Eindrücke in meine politische Arbeit mitzunehmen, mache ich **regelmäßig Pflegepraktika**. So habe ich etwa am 21.11.2014 **Hospitationen beim Medizinischen Pflegedienst in Oldenburg und Heiligenhafen** absolviert, am 20.01.2014 **in den Sana Kliniken in Eutin**. Auch mein nächstes Praktikum in der Pflege



20.01.14: Praktikum in der Sana Klinikum
© Sana Kliniken Ostholstein GmbH

steht übrigens schon fest: Am 31.10.2016 werde ich die **Mobile Krankenpflege in Ratekau** für einen Tag begleiten. Das ist dann bereits mein 10. Praktikum seit 2004!

Die **Situation in der Pflegebranche** ist ein ganz „heißes Eisen“, gerade für unseren Gesundheitsstandort Ostholstein. Endlich haben wir nach jahrelangen Diskussionen und schwarz-gelbem „Nichtstun“ längst überfällige Verbesserungen erzielen können: Die **Pflegestärkungsgesetze I und II** wurden im Oktober 2014 und im November 2015 beschlossen und sorgen durch den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff dafür, dass Bedürftige und Angehörige besser und individueller unterstützt werden (2008 war Ulla Schmidt in der Großen Koalition damit noch am Widerstand der CDU/CSU gescheitert). Seit Januar 2016 liegt auch der Entwurf des **Pflegeberufegesetzes** vor, das die beruflichen Chancen der Beschäftigten in der Pflege verbessern, die Attraktivität des Berufsbildes angesichts des großen Fachkräftedarfes steigern und die Pflegeausbildung endlich grundsätzlich bundesweit kostenlos anbieten soll. Es ist seit langem ein Skandal, dass Auszubildende trotz enormen Fachkräftemangels ihre eigene Ausbildung mitfinanzieren müssen! Auf meine Einladung hin kamen sogar zwei Fachkräfte der Beschäftigung und Qualifizierung Ostholstein gGmbH Eutin am **30. Mai 2016** zur öffentlichen Anhörung des Pflegeberufegesetzes im Gesundheitsausschuss in den Deutschen Bundestag. Am 23. September 2016 wurde mit der 1. Lesung auch das **Pflegestärkungsgesetz III in das parlamentarische Verfahren eingebracht**.

Seit 2013 lade ich regelmäßig interessierte Fachleute aus meinem Wahlkreis zu **meinem „Runden Tisch Pflege“** ein, um mit Gesundheitsexperten und zuständigen Politikern zu diskutieren. Nach zwei runden Tischen mit Landesgesundheits- und Sozialministerin Kristin Alheit und einem mit Bundesgesundheitsministerin a.D. Ulla Schmidt (beide SPD) habe ich diese Veranstaltung natürlich weitergeführt: Zu meinem **4. Runden Tisch Pflege** konnte ich



22.04.16: Mit Hilde Mattheis in der Sana Klinik in Oldenburg.

am 3. Juni 2015 die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende **Dr. Carola Reimann** in der Mühlenbergklinik in Bad Malente zur Diskussion über den Fachkräftemangel begrüßen und zum **5. Runden Tisch Pflege** kam auf meine Einladung hin die **SPD-Sprecherin für Gesundheit Hilde Mattheis** am 22. April 2016 in die August-Bier-Klinik ebenfalls nach Bad Malente zum Thema **„Neuordnung der Pflegeberufe“**. Rund 30 Experten aus Praxis und Wissenschaft waren jeweils

dabei, um mit uns über die Reform und ihre aktuellen Gesetzesentwürfe zu diskutieren. Mit Dr. Carola Reimann besuchte ich danach Neustadt zu einer öffentlichen Veranstaltung, u.a. mit der Leiterin der Pflegeschule Lübeck, Ute Stahl, unter dem Titel „Für eine gute und menschenwürdige Pflege“. Mit Hilde Mattheis ging es weiter zur AMEOS Gruppe Neustadt, in die Sana Klinik Oldenburg und in die Asklepios Klinik in Bad Schwartau, in der dann unsere Veranstaltung mit dem Titel **„Stärkung der Pflegeberufe vorantreiben!“** stattfand.

Das Thema **Sterbehilfe** habe ich am 3. Juni 2015 auf Einladung des Betreuungsvereins mit Dr. Carola Reimann und anderen unter dem Thema „Sterbenszeit ist Lebenszeit“ öffentlich in der Kreisbibliothek in Eutin diskutiert. Der von mir favorisierte und mit unterzeichnete Antrag u.a. von Carola Reimann, hat am 6. November 2015 leider keine Mehrheit im Bundestag gefunden.

Ein weiteres Gesetzesvorhaben, das derzeit intensiv und strittig diskutiert wird, ist der Entwurf für ein **Bundesteilhabegesetz** – das größte behindertenpolitische Vorhaben dieser Wahlperiode, mit welchem wir Bezug auf die UN-Behindertenrechtskonvention nehmen. Gemeinsam mit dem Diakonie-Vorstandssprecher und Landespastor Heiko Naß habe ich mich am 15.09.2016 im Hotel des Berufsbildungswerks Bugenhagen in Timmendorfer Strand mit rund 25 Vertretern zahlreicher Sozialverbände getroffen, um mit ihnen über den Entwurf zu diskutieren und ihre Anregungen und Kritikpunkte mit nach Berlin nehmen zu können. Diesen Dialog setze ich fort!



26.03.13: Zu Besuch im Bugenhagener Berufsbildungswerk. ©Brigitte Schulz-Löffler

Netzwerk: Frauenpower!

Seit 2002 versuche ich gezielt, ein **Netzwerk zwischen Frauen in Wirtschaft und Politik** aufzubauen und weibliche Führungskräfte aus Unternehmen, Gewerkschaften, gesellschaftlichen Institutionen, Verbänden, Vereinen und Politik zum intensiven Gedankenaustausch zusammenzubringen. Deshalb habe ich bereits im Jahr **2003** gemeinsam mit meiner Haushaltsausschuss-Kollegin Petra Merkel den **Ladies' Day in Berlin** ins Leben gerufen, zu dem ich jedes Jahr Unternehmerinnen und weibliche Führungskräfte aus meinem Wahlkreis eingeladen habe. Zum **zehnjährigen Jubiläum** dieser Initiative veranstaltete ich im **August 2013**



12.07.16: 4. Ladies' Day mit 100 Power-Frauen im Hansa Park

im **Hansa-Park Sierksdorf** den **1. Ladies' Day in Ostholstein mit 120 Frauen** – darunter meine Vorgängerin im Bundestag, Antje-Marie Steen, ebenso wie die Hoteldirektorin des IFA-Ferienzentrums auf Fehmarn, Waltraud Krapp, die Bürgermeisterinnen Dr. Tordis Batscheider aus Neustadt und Hatice Kara aus Timmendorfer Strand, die Landtagsabgeordnete Regina Poersch, NDR-Studiodirektorin Lübeck Mechthild Maesker und die Geschäftsführerin des Ostsee-Holstein-Tourismus, Katja Lauritzen. **Aus dem Ladies' Day Ostholstein ist seither eine echte Erfolgsgeschichte geworden:** Im Juli 2014 und 2015 gab es den **2. und 3. Ostholsteiner Ladies' Day** auf Einladung von Inka Kielhorn im **Bughagenwerk in Timmendorfer Strand** – eines der „Highlights“: die Talkrunde mit der neuen ZVO-Chefin Gesine Strohmeyer, die erst 10 Tage vor dem Ladies' Day 2014 überraschend deutlich in geheimer Wahl gewählt worden und extra aus Schwerin angereist war, um sich mit aktiven Frauen zu vernetzen. Zum **4. Ladies' Day am 12. Juli 2016 im Hansa Park** waren erneut rund 100 Power-Frauen aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik gekommen – darunter etwa unsere Bildungsministerin Britta Ernst, die Geschäftsführerin der Eutiner Festspiele, Sabine



09.07.15: Ladies Day mit den Beltrettern von Fehmarn – das Kreuz zierte seitdem mein Eutiner Wahlkreisbüro

Kuhnert, und die Geschäftsführerin der Kreishandwerkerschaft Ostholstein/Plön, Tanja Schatomski. Im Rahmen der Ostholsteiner Ladies' Days wurde auch die Idee zu einer „Premiere“ geboren: **Vom 26. bis 28. November 2014 fuhr die erste rein weibliche 50-köpfige Besuchergruppe** auf meine Einladung für drei Tage nach Berlin und besuchten etwa die „Weiber-Wirtschaft“, ein genossenschaftliches Gründerzentrum! Und auch beim 11. Ladies' Day in Berlin am 25. Februar 2015 waren wieder 9 Powerfrauen auf meine Einladung dabei, darunter 7 Frauen aus Ostholstein. Mittlerweile stehen fast 300 Frauen auf meiner „Einladungsliste“ für weitere Netzwerktreffen. Im Eutiner Wahlkreisbüro können sich

Interessierte bereits für zukünftige Ladies' Days in Ostholstein oder Berlin vormerken lassen!

Neben meinen vier Ostholsteiner Ladies' Days, die ich anlässlich des zehnten Jubiläums des Berliner Ladies' Day neu eingeführt habe, habe ich selbstverständlich auch weiterhin „**Powerfrauen**“ zur **Vernetzung und zum Austausch nach Berlin eingeladen**. So waren beim „**10. Geburtstag**“ am **17. Mai 2013** Ute Stahl aus Süsel, Gesamtschulleitung an der UKSH-Akademie Lübeck und Kiel, und Nikola Vagt, die stellvertretende Leiterin des NABU Wasservogelreservats in Wallnau/Fehmarn, in Berlin mit dabei. Beim **11. Ladies' Day am 25. Februar 2015** reisten auf meine Einladung hin die Eutiner Stadtmanagerin Kerstin Stein-Schmidt und die Grafikdesignerin Annett Schroeder, die Versicherungsmaklerin Martina Grell aus Kesdorf, die Geschäftsführerin des Pansdorfer Senioren- und Pflegeheims „Zur Eiche“ Petra Groß-Schulte sowie die drei Vorstandsfrauen von Lebens-Träume e.V. aus Bad Schwartau Christine Burdorf, Barbara Grabbet und Eva Simmann in die Bundeshauptstadt.

Mein Engagement für die Region: Mehr Mittel für schnelleres Internet, Energiewende dezentral gestalten, Vernetzung von THW und 3 neue Bundespolizeischiffe sowie 2 Mio. Euro durch den Haushaltsausschuss für den Denkmalschutz und eine nachhaltige Sicherung der Angelkutter und der Dorschbestände!

Das Thema **Breitbandversorgung** bewegt die Menschen – **gerade bei uns im ländlichen Raum!** Wir haben im Koalitionsvertrag



20.05.16: mit Martin Dörmann, MdB, Gesine Strohmeier und Richard Krause in Oldenburg

festgeschrieben: „Bis zum Jahr 2018 soll es in Deutschland eine flächendeckende Grundversorgung mit mindestens 50 Mbit/s geben.“ (S. 48) Für den **20. Mai 2016 hatte ich unter dem Titel „Leistungsstarke Breitbandversorgung für unseren ländlichen Raum in Ostholstein sicherstellen!“ nach Oldenburg** in den Kreisnorden eingeladen, dorthin, wo es bisher keine ausreichende Versorgung mit Breitband-Internet gibt. Als Referenten konnte ich Martin Dörmann gewinnen, den Fachmann der SPD-Bundestagsfraktion für das Thema Breitbandausbau. Mit dabei waren ZVO-Chefin Gesine Strohmeier und Richard Krause, Chef des Breitband-Kompetenzzentrums Schleswig-Holstein. Wir informierten über das erstmalige Bundesförderprogramm mit 3,6 Mrd. Euro (gemeinsam mit den Länder-Förderprogrammen sogar 4 Mrd. Euro), das wir als SPD mit in den Koalitionsvertrag verhandelt haben und das am 18. November 2015 endlich startete! Gefördert werden können Beratungsleistungen mit bis zu 50.000 Euro und Projekte selbst mit bis zu 15 Mio. Euro. Für Schleswig-Holstein haben 28 Kommunen eine Förderung in Höhe von insgesamt 1,4 Mio. Euro bekommen, darunter 9 Zweckverbände.

Als aktive Atomkraftgegnerin und Kämpferin für regenerative Energien ist mir die Energiewende ein „Herzensthema“. Dabei liegen mir die **Stadtwerke als regionale und öffentlich-rechtliche „Player“ in Konkurrenz zu den Energiemultis** besonders am Herzen. Am 25. Juni 2013 startete ich meine „Stadtwerkegespräche“ – bis heute 4 und das 5. ist in Planung – mit Vertretern von **Kommunen und Stadtwerken** in Berlin. Wir diskutieren dabei, wie die



11.02.16: Stadtwerkegespräch mit Dr. Nina Scheer in Geesthacht

Energiewende dezentral vor Ort gelingen kann. Mit meiner Bundestagskollegin und Energie-Expertin Dr. Nina Scheer habe ich Vertreter aus ganz Schleswig-Holstein am **11. Juni 2014 nach Eutin** eingeladen, um über Themen wie Ausbaukorridore, Biomasse und die EEG-Novelle zu sprechen. Am **15. Dezember 2014 in Berlin** haben wir die Gespräche in gleicher Runde fortgesetzt und zum mittlerweile 4. Stadtwerkegespräch waren wir am **11. Februar 2016 in Geesthacht** in Nina Scheers Wahlkreis Lauenburg, um über Änderungen am Energiewirtschaftsgesetz zu diskutieren. Unsere **Stadtwerkegespräche wollen Nina Scheer und ich weiter fortsetzen!**

Konkret zur **Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes** habe ich mit Nina Scheer zu einer großen Diskussionsveranstaltung am 11. Juni 2014 unter dem Titel „**EEG-Reform 2014: Herausforderungen und Chancen für Ostholstein**“ nach Oldenburg eingeladen.

Über 80 Gästen diskutierten auch mit Sandra Redmann, unserer Umwelt-Fachfrau aus dem Landtag, und unserem SPD-Kreisvorsitzenden Lars Winter. Dabei wurden Konfliktthemen wie die Begrenzung der Biomasse, Ausbaukorridore für Ökostrom oder die Neuregelung bei der EEG-Umlagebefreiung für energieintensive Unternehmen kritisch diskutiert.

Grundlage für eine erfolgreiche Energiewende ist vor allem aber der bedarfsgerechte Netzausbau – für Ostholstein mit dem Entschluss der Bundesnetzagentur für eine 380-kV-Hochspannungsleitung von Göhl nach Lübeck ein aktuelles Top-Thema. Der Bundestag hat am 3. Dezember 2015 mit einem Beschluss auch den Weg für eine **Teilverlegung der Ostküstenleitung als Erdkabel** als Modellprojekt frei gemacht. Dafür habe ich mich – zusammen mit der SPD Ostholstein – seit Jahren eingesetzt. Nun ist die TenneT als zuständiger Übertragungsnetzbetreiber am Zug und muss prüfen, ob in Ostholstein eine Teilerdverkabelung technisch umsetzbar ist.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat am 27. April 2016 ihre **erste Fachkonferenz zum Thema „Sicher sein und sich sicher fühlen“** veranstaltet. Dazu habe ich **fünf aktive Katastrophenschützer der Region Ostholstein/Lübeck** eingeladen: Wolf-Hinrich Kock, Klaus-Peter Plötz (THW Eutin), Reinhard Esser (THW Neustadt), Rainer Mahn (THW Lübeck) und Sebastian Petyrek (DRK Oldenburg) diskutierten mit über 200 weiteren Gästen aus der ganzen Bundesrepublik im Reichstagsgebäude darüber, wie wir trotz wachsender Unsicherheiten und Ängste in der Bevölkerung öffentliche Sicherheit garantieren können – und zwar für alle Menschen, unabhängig von ihrer persönlichen Situation und finanziellen Verhältnissen! Ihre Fortsetzung fand die Fachkonferenz am 16. Februar 2015 mit dem **Blaulichtabend mit THW-Präsident Broemme in Neustadt** sowie am 22. September 2016 mit der **„Blaulichtkonferenz“ in Berlin unter dem Motto „Herausforderungen im Bevölkerungsschutz“**. Hierzu konnte ich Sven Schönke (DLRG-Kreisbeauftragter Ostholstein) und Udo Glauffügel (Geschäftsführer des ASB-Regionalverbands Ostholstein) in Berlin begrüßen.

Wir Haushälter haben im Haushalt 2016 **drei neue Schiffe für die Bundespolizei See (u.a. für Neustadt)** beschlossen. Die alten Schiffe sind noch aus DDR-Beständen und müssen dringend ersetzt werden – wovon ich mich bei meinen bereits zwei Besuchen bei der Bundespolizei See in Neustadt, am **15. September 2015 mit dem SPD-Chefhaushälter aus Hamburg, Johannes Kahrs**, und am **16. September 2016 mit unserem Innenminister Stefan Studdt**, persönlich überzeugt habe. Dabei wa-



16.09.16: v.l.: Frank Goerke, Bettina Hagedorn, Stefan Studdt und Bodo Kaping in Neustadt © Thomas Bölke, Bundespolizei

ren auch der Präsidenten der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt, Bodo Kaping, und Frank Goerke, Leiter des Direktionsbereichs See. Deshalb haben wir insgesamt 165 Mio. Euro dafür beschlossen!

Seit 2008 beschließt der Haushaltsausschuss jährlich **Denkmalschutz-Sonderprogramme**, bei denen ich mich immer wieder erfolgreich für die Förderung historischer Projekte in Ostholstein und Nordstormarn eingesetzt habe. Seit 2008 flossen **insgesamt ca. 1,8 Mio. Euro aus Bundesmitteln** u.a. in die **KZ-Gedenkstätte Ahrensböök, die Ratekauer Feldsteinkirche, das Eutiner Schloss, den Oldenburger Wall, den Glockenturm in Landkirchen auf Fehmarn** – für den ich am 6. Januar 2016 persönlich den Förderbescheid über 200.000 Euro übergeben habe – und den **Elisabeth-Turm auf dem Bungsberg**, der derzeit mit Unterstützung von Bund und Sparkassen-Stiftung saniert wird. Vorab war ich am **24. August 2015**



24.08.15: Mit Dr. Martin Lüdiger und Jörg Schumacher sowie Dr. Michael Paarmann und Torsten Ewers © T. Klatt, LN

persönlich auf dem Bungsberg und wurde von den wichtigsten Akteuren, die für den Erfolg der Sanierung eine Rolle spielen, begleitet: Neben **Dr. Martin Lüdiger und Jörg Schumacher** für die Sparkasse Holstein als Projektträger waren auch der **Landeskonservator Dr. Michael Paarmann und Architekt Torsten Ewers** mit dabei. Nachdem ich am 22. Juni 2016 die **Förderung über 160.000 Euro für die Turmsanierung** auf dem Bungsberg vermelden konnte, hatte ich einen **Malwettbewerb in der Friedrich-Hiller-Grundschule in Schönwalde** vorgeschlagen, um den Turm aktiv mitzugestalten. Diese von den Kindern gestalteten

bunten Fenster habe ich am 13. Juli 2016 als „Jury-Mitglied“ gemeinsam mit dem Architekten Torsten Ewers ausgewählt. Zuletzt haben wir im Haushaltsausschuss am 21. September 2016 die Förderung in Höhe von 35.000 Euro für die Restaurierung des **historischen Orgelprospekts der Stadtkirche in Neustadt in Holstein** beschlossen.

Das Bundesumweltministerium (BMUB) wird acht FFH-Gebiete in Nord- und Ostsee, darunter auch im Fehmarnbelt, als Naturschutzgebiete ausweisen. Das geht zurück auf eine EU-Richtlinie, die die CDU-Umweltminister Norbert Röttgen und Peter Altmaier bis spätestens 2013 hätte umsetzen müssen, zusammen mit dem CSU-geführten Landwirtschaftsministeri-

um aber so lange verzögerten, dass die EU-Kommission bereits ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet hat. Die SPD-Umweltministerin Barbara Hendricks gibt nun mit der Ausweisung als Naturschutzgebiete das richtige Signal für mehr Schutz in diesen sensiblen Gebieten. Das BMUB hatte ursprünglich ein pauschales Angelverbot im Fehmarnbelt geplant, um so die Fischbestände in den Riffen zu schützen. Für die zwölf ostholsteinischen Angelkutterbetriebe in Familienhand wäre das existenzbedrohend gewesen. Ich habe mich daher Anfang März 2016 direkt an unsere Umweltministerin gewandt und am 28. April 2016 mit Willi Lüdtker und Thomas Deutsch zwei Vertretern der Angelkutterbetriebe aus Ostholstein zum Fachgespräch der SPD-Bundestagsfraktion nach Berlin eingeladen. Seit Beginn der Diskussion rund um das geplante Verbot bin ich zudem in enger Abstimmung mit unserer SPD-Europaabgeordneten Ulrike Rodust, die in Brüssel für Fischereipolitik zuständig ist. Die Strategie, die ich gemeinsam mit Ulrike Rodust verfolge, setzt von Anfang an auf die konstruktive Zusammenarbeit aller Beteiligten, um einen für alle tragbaren Kompromiss zu finden. Am **10. Juni 2016 kam der zuständige Umweltstaatssekretär Jochen Flasbarth** auf meine **Einladung nach Burgstaaken und Heiligenhafen**. Zusammen mit Ulrike Rodust



07.07.2016: Fischereifachgespräch in Berlin



10.06.16: Mit Ulrike Rodust und Jochen Flasbarth in Heiligenhafen

und den Angelbetrieben haben wir die Auswirkungen des Verbots diskutiert – mit einem ersten, großen Erfolg: **Statt die Freizeitfischerei auf 100 Prozent der Fläche des künftigen Naturschutzgebietes zu verbieten, kam das BMUB uns mit einer Verkleinerung der Verbotszone auf ca. 30 Prozent entgegen.** Über diesen

neuen Entwurf habe ich am 2. Juli 2016 in Oldenburg mit den Angelkutterkapitänen sowie mit Dr. Christel Happach-Kasan, Präsidentin des Deutschen Angelfischer-Verbandes, diskutiert und die Ergebnisse mitgenommen in ein SPD-Spitzengespräch mit Staatssekretär Flasbarth am 7. Juli in Berlin. Dort habe ich für eine **Verschiebung des Schutzgebietes nach Osten** geworben, falls dadurch der Schutz der Riffe als bevorzugter Laichplatz der Dorsche möglich bleibt. Die Chancen, dass dieser Vorschlag angenommen wird, sind sehr gut!

Der CDU-Abgeordnete **Ingo Gädechens** hat unterdessen mit **populistischem Störfeuer** in den Medien jeden Vorschlag für eine konstruktive Lösung behindert. Gleichzeitig hat er bei

den Angelkutterkapitänen falsche Hoffnungen geweckt, indem er immer wieder eine komplette Aufhebung des Angelverbots forderte, die allerdings von allen Beteiligten als unrealistisch bewertet wurde – auch von Dr. Happach-Kasan für den DAFV und den Vertretern des unionsgeführten Landwirtschaftsministeriums bei einem Gespräch der CDU- und SPD-Abgeordneten im Juli in Berlin. Bereits Ende Mai 2016 hatte der Internationale Rat für Meeresforschung (ICES), der die EU-Kommission bei der Festlegung von Fangquoten berät, aufgrund der sehr kritischen Bestandsentwicklung des Dorsches eine **Absenkung der Dorschfangquote um über 85 Prozent empfohlen**. In den Presseverlautbarungen von Herrn Gädechens kommt das Wort Dorsch nicht einmal vor – **ohne einen nachhaltigen Dorschbestand können aber weder die Berufsfischer noch die Angelkutterbetriebe wirtschaften**. Das entlarvt Gädechens Motivation: Statt sich wirklich konstruktiv und mit vorzeigbaren Ergebnissen für die Angelkutterbetriebe einzusetzen, schlachtet er ein sensibles, für Angelkutterkapitäne und den Dorsch gleichsam existenzielles Thema für parteipolitische Spielchen aus. Klar ist aber: **Die größte Bedrohung sowohl aus Sicht der Naturschützer als auch für die Angelkutterbetriebe ist der dramatische Einbruch beim Dorschbestand! Deswegen müssen alle – die Angelkutterkapitäne, die Berufsfischer und die Politik – an einem Strang ziehen**.

Wie es richtig geht, zeigt Ulrike Rodust: Sie hat einen Runden Tisch ins Leben gerufen, um Lösungswege und Maßnahmen zum nachhaltigen Erhalt des Dorschbestands zu entwickeln. Teilnehmer waren Dr. Peter Breckling vom Deutschen Fischereiverband, Dr. Christel Happach-Kasan vom Deutschen Angelfischer-Verband sowie Vertreter der Länder Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern, der EU-Kommission, des Bundeslandwirtschaftsministeriums und der Forschung. Ich bin froh, dass beim abschließenden 3. Runden Tisch am 26. September 2016 in Lübeck für die Fischereibetriebe existenzsichernde Lösungen gefunden werden konnten: 2017 gibt es 4 Mio. Euro für Stilllegungszuschüsse und Abwrackprämien aus EU- und Bundesmitteln für Berufsfischer in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Gleichzeitig sollen die Fischer den Dorschfang von Januar bis April ruhen lassen. Eines darf natürlich nicht passieren: dass die Erwerbsfischer gegen die Angelkutter ausgespielt werden, indem sie nicht mehr rausfahren dürfen, während die Angler weiter wie gewohnt zum Dorschfang ablegen. Daher ist es richtig, dass auch die Angelfischer zu Schutzmaßnahmen verpflichtet werden. Auch sie sollen zur Einhaltung von Laichschonzeiten verpflichtet und die Fischeausbeute soll auf einen Tagesfang von 5 Fischen pro Angler begrenzt werden.

2014 kam auf meine Einladung **Heinrich Alt, Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit, am 27. Mai ins Kreishaus nach Eutin**, um dort vor 60 Vertretern aus Politik,

Arbeitsagenturen und Jobcentern sowie Wirtschaftsverbänden aus der Region über die prekäre Finanzausstattung der Jobcenter und dessen gesellschaftliche Auswirkungen bundesweit vorzutragen – dieses Thema hatte Landrat Sager Anfang Februar mir und Herrn Gädechens bei einem Krisengespräch im Jobcenter Ostholstein präsentiert. Die **katastro-**



27.05.14: Besuch mit Heinrich Alt (Vorstand Bundesagentur für Arbeit) und Margit Haupt-Koopmann (Chefin der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit) bei der Tafel in Eutin. © Sylvia Blankenburg

phale Finanzlage der Jobcenter in Ostholstein ist Ergebnis der schwarz-gelben Kahl-schlagpolitik: Dem Jobcenter Ostholstein standen deswegen 2014 im Vergleich zu 2010 weniger als die Hälfte der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung – eine direkte Auswirkung der Kürzungen, mit denen CDU/CSU und FDP bundesweit von 2010 bis 2016 35,6 Mrd. Euro „gespart“ hatten. Auch der Wegfall hunderter Bürgerarbeitsplätze und des Programmes 50+ – bis 2014 befristet drei Jahre lang aus EU-Mitteln als Modellprojekt gefördert – war unser Thema **beim Besuch mit Heinrich Alt bei der BQOH in Lensahn** zu den dort angebotenen Maßnahmen für den beruflichen Wiedereinstieg speziell von Frauen und bei der **Neustädter Tafel**, um dort über den Erhalt dieser segensreichen Einrichtung in der Region zu diskutieren.

Arbeitsmarkt als Schlüsselrolle für Integration!

Besondere Herausforderungen kommen in den nächsten Jahren auf unseren Arbeitsmarkt zu, um die vielen Geflüchteten, die bei uns Schutz vor Krieg und Terror gefunden haben, zu beschäftigen. Die **Flüchtlingspolitik und aktuell die Integrationspolitik als konkrete Folge** ist DAS dominierende Thema in Bund, Ländern und Kommunen – mit teils rapider Dramatik in der 2. Jahreshälfte 2015. Allein im Jahr 2015 haben rund eine Million Menschen in Deutschland und rund 50.000 – zumindest zeitweise – bei uns in Schleswig-Holstein Zuflucht vor Terror und Krieg gesucht und diesen Schutz dank der unglaublichen Kraftanstrengungen aller Mitarbeiter staatlicher Institutionen in Ämtern und Rathäusern, bei der Polizei, beim THW, dank der Unterstützung der Wohlfahrtsverbände, der Krankenhäuser und Ärzte sowie der großartigen Hilfe von unglaublich vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern auch gefunden. **Auf diesen Einsatz können alle stolz sein – ein großes Dankeschön an dieser Stelle für dieses Engagement und Ihren und euren Einsatz!**

Ich bin sehr froh, dass wir es in der Großen Koalition geschafft haben, wichtige Änderungen im **Asylbewerberleistungsgesetz am 4. Dezember 2014** zu beschließen, die am 1. Januar

2015 in Kraft getreten sind. In der vergangenen Legislaturperiode war dies leider nicht gelungen und unser SPD-Antrag wurde von der schwarz-gelben Regierung noch zwei Jahre zuvor im November 2012 abgelehnt. Mit dem Gesetz haben wir Maßnahmen auf dem **Arbeitsmarkt** geschaffen: Für Asylbewerber galt in den 80er Jahren noch ein Arbeitsverbot für 4 Jahre; ab 1997 galt sogar ein generelles Arbeitsverbot. Im Jahr 2000 wurde diese Regelung von Rot-Grün wieder aufgehoben – seitdem galt nach der Anerkennung ein Arbeitsverbot von 12 Monaten. Um die zu uns gekommenen Menschen rasch in Arbeit bringen zu können und somit ihre Integration in Deutschland voranzutreiben, haben wir nun beschlossen, dass die Arbeitsaufnahme bereits nach dem 3. Monat nach der Anerkennung in Deutschland möglich ist. Als weitere Maßnahme haben wir die sogenannte **„Vorrangprüfung“ in bestimmten Fällen abgeschafft**, die bislang bis zu 15 Monate galt. Am 4. September 2015 haben wir in der Koalition dann beschlossen, dass ein Leiharbeitsverbot für Asylbewerber und Geduldete nach 3 Monaten entfällt – bis dahin entfiel es erst nach 4 Jahren! Zudem haben wir die „3+2-Regelung“ eingeführt, die die Möglichkeit schafft, nach einer 3-jährigen Aufenthaltserlaubnis während einer Ausbildung bis zu zwei Jahre nach erfolgreichem Abschluss in Deutschland bleiben zu können, um sich auf dem Arbeitsmarkt zu bewerben.

Um diese Ziele gut und effizient umsetzen zu können, haben wir zudem mehr Stellen bei den Jobcentern und bei der BA geschaffen – allein für das Jahr 2016 **2.800 zusätzliche Stellen für die Jobcenter** und Geldmittel für weitere 1.000 Stellen. Über spezielle Programme der Agenturen und Jobcenter, z.B. berufsbezogene Deutschkurse, habe ich mich bei meinem Termin mit der **Chefin der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit Margit Haupt-Koopmann persönlich im Jobcenter und der BA in Eutin am 14. Juli 2016** über die Stellenbesetzung und Schulungsangebote für Mitarbeiter informiert. Zudem über zwei Maßnahmenangebote in Kooperation mit dem Land Schleswig-Holstein und der Wirtschaft: zum einen den „Begleiteten Übergang für Flüchtlinge in Arbeit und Ausbildung in Schleswig-Holstein“, bei dem 2.000 Plätze zur Verfügung stehen, zum anderen „Sprungbrett – Ausbildung für Flüchtlinge“, das an den Standorten Kiel, Elmshorn und Lübeck stattfindet und für diejenigen (wenigen) gedacht ist, die schon viele Vorkenntnisse für eine Ausbildungsaufnahme mitbringen. Frau **Haupt-Koopmann war auch am 8. September 2016 zu Gast bei unserer Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin** und berichtete über die Programme im Land und die Integration der anerkannten Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt.

Den Menschen, die nach lebensgefährlicher Flucht zu uns nach Deutschland gekommen sind, eine Perspektive und ein friedliches Zusammenleben zu bieten, ist eine Herausforderung – das zeigen nicht nur Wahlergebnisse der Landtagswahlen im Jahr 2016 in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin, bei denen die rechts-

populistische AfD es auf Anhieb in die Landtage geschafft hat – und das mit bloßer Angstmache und fadenscheinigen Behauptungen! Unsere 5 Spitzenpolitikerinnen Malu Dreyer, Barbara Hendricks, Manuela Schwesig, Andrea Nahles und Aydan Özoguz haben am 1. Dezember **2015 einen „Integrationsplan“ vorgelegt**, um die Integration in Deutschland auf den Weg zu bringen – und das durch Bildung, mehr Kita-Plätze und mehr Erzieherinnen und Erzieher! Auf dieser Grundlage hat **Sigmar Gabriel im März 2016** gemeinsam mit dem Eckwertebeschluss **für den Haushalt 2017 ein Solidarpakt von 5 Mrd. Euro vorgelegt**, durch den allein 2017 2,2 Mrd. Euro für die Arbeitsmarktintegration und rund 500 Mio. Euro für den Ausbau der Kitaplätze bereitstehen.



12.09.15: Mit Annette Schlichter Schenck und Klaus Zorndt

Wir erinnern uns gemeinsam u.a. an die Bilder der abgeriegelten Grenze nach Dänemark, als tausende Flüchtlinge in Schleswig-Holstein „strandeten“ und z.B. in der noch aktiven Wagrien-Kaserne in Putlos/Oldenburg quasi über Nacht dank des Zusammenwirkens vieler, vieler Aktiver menschenwürdig aufgenommen werden konnten. Am **12. September 2015** habe ich mir selbst in Putlos ein Bild von der angespannten Lage gemacht: Fast 800 Menschen, davon über 120 Kinder, waren dort innerhalb weniger

Stunden versorgt worden, nachdem 500 Soldaten auf Geheiß des Bundesverteidigungsministeriums kurzfristig ihre Übung abbrachen und damit Platz in geeigneten Wohngebäuden schufen. Die Wagrien-Kaserne ist zwar jetzt geräumt worden und steht wieder den Soldaten zur Verfügung, aber über den Winter konnten hier Flüchtlinge, die überwiegend aus Syrien, dem Irak, Eritrea und Afghanistan kamen, professionell und unbürokratisch untergebracht und betreut werden.

Ab November 2015 „tourte“ ich als Bundestagsabgeordnete auf Anfrage verschiedenster Veranstalter dann zu dieser aktuellen Lage durch den Wahlkreis: z.B. **am 17. November zur Seniorenbeiratsdiskussion auf Fehmarn, am 18. November zur Seniorenbeiratsdiskussion in Neustadt und am 19. November zu einer gemeinsamen Podiumsdiskussion auf Initiative von AMEOS in Neustadt mit unserem Innenminister Stefan Studt, NDR-Intendant Lutz Marmor und Talk-Show-Dauergast Wolfgang Kubicki.**

Meinen politischen Schwerpunkt stellte ich dann bei meiner Veranstaltung am **27. November 2015 in Eutin vor: „Fluchtursachen bekämpfen – Flüchtlinge integrieren!“**. Diesen Fokus habe ich sehr bewusst gewählt und dazu meinen **Bundestagskollegen Niels Annen**, den außenpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, eingeladen. Über 60 Zuhörer

hörten dem erfahrenen Nahost-Experten zu und diskutierten mit. Viele syrische Flüchtlinge haben sich vor allem deshalb aus dem Nahen Osten auf den Weg nach Europa gemacht, weil sie dort teils seit Jahren in Jordanien, dem Libanon oder der Türkei in riesigen Flüchtlingslagern lebten und einerseits angesichts der dramatischen Lage in Syrien immer weniger Hoffnung auf Rückkehr haben und andererseits durch die fehlende finanzielle Unterstützung großer, reicher Staaten das zuständige UNHCR drastisch weniger Geld für die Ernährung, medizinische Versorgung und Bildungsperspektive in den Flüchtlingslagern aufwenden konnte. Auf Initiative von Frank-Walter Steinmeier und der SPD haben wir im Herbst 2015 475 Mio. Euro zusätzlich zur Bekämpfung der Fluchtursachen und als Soforthilfe in dieser Region (im Rahmen internationaler Solidaritätsvereinbarungen) im Haushalt beschlossen.

Nun steht das **Thema „Integration“** – aus Sicht der SPD: ENDLICH! – auf der Tagesordnung ganz weit oben. In Schleswig-Holstein steht der Aufbau eines dezentralen DaZ-Klassen-Systems dabei an zentraler Stelle. Das Kürzel „DaZ“ steht für „Deutsch als Zweitsprache“. Deshalb habe ich am **20. Mai 2016** gemeinsam mit dem für den Kreis Ostholstein zuständigen Schulrat Manfred Meier die **DaZ-Klasse der Grund- und Gemeinschaftsschule in Lensahn** beispielhaft als



20.05.16: Zusammen mit Schulrat Manfred Meyer in einer DaZ-Klasse. © Karsten Langer

eine von vielen besucht. Diese Kurse – für die Schleswig-Holstein bereits 430 neue Lehrkräfte eingestellt hat – sind ein Zusatzunterricht zum regulären Unterricht für Flüchtlingskinder von zwei Stunden am Tag. Hier sollen sie zügig und mit besonderen Lernmethoden unsere Sprache erlernen – denn Sprache ist der Schlüssel zur Integration. In ganz Schleswig-Holstein gibt es ca. 200 DaZ-Zentren, in denen zurzeit rund 7.000 Kinder beschult werden.

CETA und TTIP: Weltweiter Handel braucht fortschrittliche Regeln!

Auch die **Freihandelsabkommen TTIP und CETA**, die zwischen der EU-Kommission und den USA bzw. Kanada verhandelt werden, erhitzen schon seit Jahren die Gemüter und sorgen – gerade wegen der fehlenden Transparenz – für immer neue Schlagzeilen und Verunsicherungen bei den Menschen und für Massenproteste. Diese Empörung darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass **sich CETA und TTIP gravierend voneinander unterscheiden – es wäre ein Fehler, beide Abkommen einfach in einen Topf zu werfen!**

Unser SPD-Vorsitzender und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel hat es bereits klar und deutlich gesagt: **Die Verhandlungen über TTIP sind de facto gescheitert.** Die Differenzen

zwischen Europäern und Amerikanern sind in entscheidenden Fragen offenbar schlicht zu groß: Nach 14 Verhandlungsrunden gibt es nicht in einem einzigen (!) von 27 Bereichen eine Einigung. Dazu kommt: Im November stehen in den USA Präsidentschaftswahlen an – und weder Hillary Clinton noch Donald Trump gelten als Befürworter eines Handelsabkommens mit Europa!

Ganz anders ist die Lage bei CETA: Dieses Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada gilt eigentlich schon seit 2014 als ausverhandelt und abgeschlossen – dennoch haben die SPD und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel es durch massiven politischen Druck geschafft, **nachträglich noch entscheidende Verbesserungen in das eigentlich schon ausverhandelte Abkommen einzufügen – ein riesiger Erfolg, den vorher alle Beobachter für unmöglich erklärt hatten!** So wird es nun im Rahmen von CETA **keine intransparenten privaten Schiedsgerichte** geben, sondern einen **internationalen Investitionsgerichtshof**, der öffentlich tagt und dessen Richter öffentlich von der EU und von Kanada benannt werden. **Standards bei Arbeitnehmer- und Verbraucherrechten wurden ebenso angehoben wie beim Umweltschutz.** Auch **wichtige Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, etwa die kommunale Wasserversorgung, werden explizit geschützt!**

All diese Fortschritte wären unmöglich gewesen, wenn es nicht 2015 – also NACH dem Abschluss der offiziellen Verhandlungen über CETA – einen **Regierungswechsel in Kanada** gegeben hätte: Anstelle des erzkonservativen Premiers Stephen Harper steht nun der Liberale **Justin Trudeau an der Spitze einer modernen und progressiven kanadischen Regierung**, deren Vorstellungen von fairem Handelsabkommen deutlich besser zu denen passen, die wir als Sozialdemokraten in Europa vertreten. Damit haben wir nun gemeinsam die Chance, mit CETA einen **neuen Standard für faire und fortschrittliche Regeln für den internationalen Handel** zu setzen!

Angesichts dieser Fortschritte zahlt es sich aus, dass die SPD sich bereits seit langem im Detail und konkret mit fairem und gerechtem Welthandel beschäftigt. So haben wir beispielsweise schon auf einem SPD-Parteikonvent am 20. September 2014 klare Erwartungen formuliert und „rote Linien“ für unsere Zustimmung zu Handelsabkommen gezogen. Auch als SPD Schleswig-Holstein haben wir auf einem Landesparteirat am 24. Januar 2015 gemeinsam mit Bernd Lange, SPD-Europaabgeordneter, Handelsausschussvorsitzender und zuständiger Berichterstatter für TTIP und CETA im Europaparlament, ausführlich drei Stunden lang über die Folgen der Abkommen beraten.

Fakt ist: Die SPD stellt sich als einzige Partei in öffentlichen Veranstaltungen den kritischen Fragen zu CETA. Anders als andere Parteien **verstecken wir uns nicht hinter einfachen**

Antworten, sondern beschäftigen uns im Detail damit, wie wir Handelspolitik besser und gerechter machen können. Auch ich selbst habe gleich **DREI öffentliche Veranstaltungen** zu TTIP und CETA – gemeinsam mit



11.03.15: Veranstaltung zu TTIP und CETA in Reinfeld

unserer „Fachfrau“ der Parteilinken in dieser Frage, Dr. Nina Scheer – organisiert. Über 200 Interessierte, darunter viele Nicht-Parteimitglieder, kamen zu diesen drei Veranstaltungen und belegen, wie wichtig es ist, dass wir Sozialdemokraten uns diesem Thema offensiv und konstruktiv-kritisch stellen. **Bereits am 11. März 2015 kamen mehr als 80 Interessierte auf meine Einladung ins Alte**

Herrenhaus nach Stockelsdorf und anschließend noch einmal über 70 Gäste in die Alte Schule nach Reinfeld, um mit Dr. Nina Scheer, Sandra Redmann, der umweltpolitischen Sprecherin der Landtagsfraktion, und mir über das Thema „TTIP und CETA als Chance oder Risiko?“ zu diskutieren. Eine **dritte Veranstaltung mit Dr. Nina Scheer und mir fand am 24. März 2016 in Süsel statt** und fand wieder **über 60 Interessierte**.

Am 19. September 2016 haben wir als SPD auf einem Parteikonvent in Wolfsburg den weiteren Kurs abgesteckt und unsere **Anforderungen an CETA klar formuliert**: Wir wollen sicherstellen, dass es durch das Abkommen **keine Bevorzugung von ausländischen gegenüber inländischen Investoren oder Bürgern** geben wird, dass das **Vorsorgeprinzip** unangetastet bleibt und dass **Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge** nicht von CETA berührt werden. All diese Punkte werden wir im **gerade erst beginnenden parlamentarischen Verfahren** – im Bundestag genauso wie im Europaparlament – sorgfältig prüfen und dabei die Zivilgesellschaft – Verbände, NGOs, Gewerkschaften und interessierte Bürger – eng in die Debatte über CETA einbinden. Für CETA beginnt nun die „**Stunde der Parlamente**“: Wo noch Klarstellungen und Präzisierungen erforderlich sind, um Konflikte auszuräumen, werden wir diese durchsetzen!

Mein Ziel: Vertrauen durch Information und Transparenz

Transparenz ist für mich schon seit Beginn meiner Arbeit als SPD-Bundestagsabgeordnete eine Selbstverständlichkeit: **Seit 2003 veröffentliche ich – als eine von wenigen Abgeordneten – jedes Jahr meine Steuerbescheide** für die Presse und auf meiner Homepage,

um Transparenz über Diäten, gezahlte Steuern und Sozialabgaben, Spenden an Partei, Vereine und Verbände und verbliebenes Nettoeinkommen offenzulegen.

Ich bin außerdem eine von mittlerweile 45 Bundestagsabgeordneten, die seit 2013 den von den Abgeordneten Marco Bülow (SPD) und Gerhard Schick (Grüne) initiierten „**Abgeordneten-Kodex**“ unterzeichnet haben – übrigens sind das 26 SPD-Abgeordnete, 17 Linke und 2 Grüne. CDU/CSU: Fehlanzeige! Von den 45 Abgeordneten, die diesen Kodex unterzeichnet haben, sind drei weitere Sozialdemokraten aus Schleswig-Holstein: Dr. Nina Scheer (Lauenburg/Stormarn), Sönke Rix (Rendsburg-Eckernförde) und Gabriele Hiller-Ohm (Lübeck). Mit der Unterschrift haben wir uns selbst verpflichtet, strenge Transparenz- und Verhaltensregeln einzuhalten und uns im Bundestag für eine Verschärfung der bestehenden Regelungen einzusetzen. Neben der – von mir bereits seit 2003 umgesetzten – Verpflichtung, die eigenen Einnahmen und Steuerbescheide zu veröffentlichen und entgeltliche Nebentätigkeiten (die ich nicht habe) zu begrenzen, verpflichtet der „Abgeordneten-Kodex“ zur Offenlegung von Lobbyisten-Treffen sowie von Dienstreisen mit Berichten zu deren Inhalt und Zielen und zum Verzicht auf Geschenke oder Event-Einladungen von Unternehmen oder Interessenvertretern von über 100 Euro. Insofern finden alle Interessierten **auf meiner Homepage unter der Rubrik „Gläserne Abgeordnete“** eine Liste meiner Treffen mit Verbänden, Unternehmen, NGOs und anderen Lobby-Gruppen mit Datum, Namen und Gesprächsthema sowie meiner Auslandsreisen als Bundestagsabgeordnete mit Angaben zu Reiseanlass, Zeitraum, Zielen, Gesprächspartnern und Inhalten.

Ein seit 14 Jahren beständiger Begleiter meiner politischen Tätigkeit als Eure Bundestagsabgeordnete in Berlin ist meine intensive Pressearbeit, mit der ich meine und unsere Ziele als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in die Öffentlichkeit zu verbreiten suche – allein seit 2013 habe ich **insgesamt 223 Pressemitteilungen** veröffentlicht, die zwar nur zu einem Bruchteil tatsächlich in den Medien veröffentlicht wurden, aber natürlich vollständig und im Originalwortlaut auf meiner Homepage nachzulesen sind.

Vielfach ist nun schon das Stichwort „**Homepage**“ **www.bettina-hagedorn.de** gefallen – diese Form der politischen Öffentlichkeitsarbeit ist ein vielfach unterschätztes Kommunikationsmedium. Eine solche Seite jedoch stets optisch attraktiv, informativ und aktuell zu halten, ist ein enormer Arbeitsaufwand, den ich nur mit der Unterstützung meines Büro-Teams schaffen kann. Diese Arbeit zahlt sich aber aus: Seit Mitte 2009 verzeichnete meine Homepage fast 3 Mio. (!) „Klicks“!

Mein Anliegen: Türen in Berlin für Engagierte aus dem Wahlkreis öffnen!

Ich ermögliche seit 14 Jahren kontinuierlich zahllosen Engagierten aus Ostholstein und Nordstormarn die Teilnahme an wichtigen politischen Veranstaltungen in Berlin, die häufig genug auch das „soziale Netzwerk“ der Beteiligten entscheidend erweitern und das gemeinsame Engagement erfolgreicher machen. Dabei sind bestimmte Zielgruppen besonders in meinem Fokus: **Betriebsräte und Gewerkschaftler, interessierte Jugendliche, Engagierte in Katastrophenschutz und innerer Sicherheit sowie Frauen.**

Um den Kontakt und den Austausch zu Betriebs- und Personalräten zu stärken, organisiert die SPD-Bundestagsfraktion regelmäßige **Betriebsrätekonferenzen**, zu denen ich seit 13 Jahren Betriebsräte aus meinem Wahlkreis einlade – seit 2003 zum 25. Mal! Am **5. Juni 2013** diskutierten Bernd Friedrichs als Konzernbetriebsrat von Scandlines Deutschland aus Puttgarden, Inke-Marie Jaschinski als langjährige Betriebsratsvorsitzende der Asklepios-Klinik Bad Schwartau und Vorsitzende der AfA Ostholstein sowie der AfA-



10.06.15: Betriebsrätekonferenz in Berlin mit Felizitas Fuhrmann (Sana Klinik Ostholstein) sowie Dorothee Reese und Dirk Dähn (beide Kinderschutzbund) © SPD-Bundestagsfraktion

Landesvorsitzende Wolfgang Mädler mit u.a. Frank-Walter Steinmeier über **„Deutschland 2020 – Mehr Mut zum Gestalten“**. Am **24. September 2014** kam Bernd Friedrichs erneut zum Thema **„Arbeit wertschätzen“** nach Berlin; als es am **10. Juni 2015** um **„Neue Formen der Arbeit – Selbstbestimmt und Mitbestimmt“** ging, waren Felizitas Fuhrmann (Sana Klinik Ostholstein), Klaus Geffken (AMEOS Gruppe Neustadt) sowie Dorothee Reese und Dirk Dähn (beide Kinderschutzbund) dabei. Am **24. Februar 2016** diskutierten Karin Gnutz-



04.-07.06.16: Nele Heinrich bei „Jugend und Parlament“ im Plenarsaal des Reichstagsgebäudes.

mann und Cornelia Horn (beide von Kuhnke, Bad Malente), Arne Cords (Asklepios Klinik Bad Schwartau) und Holger Wiesemeyer (Kinderschutzbund, Neustadt) mit hochrangigen Vertretern aus Politik, Gewerkschaften und Wissenschaft über **den geplanten Stopp des Missbrauchs bei Leiharbeit und Werksverträgen.**

Ein Schwerpunkt meiner Arbeit ist und bleibt **die Förderung junger Menschen.** Jugendlichen neue Berufs- und auch demokratische Einflussmöglichkeiten aufzuzeigen und ihnen einen Einblick in den Berliner Politikalltag zu geben – diese „Saat“ geht oft genug erfolgreich auf. Als Mutter dreier er-

wachsener Söhne und mittlerweile sogar als dreifache Großmutter weiß ich, wie wichtig die Unterstützung in jungen Lebensjahren ist!

Seit 2004 lade ich politisch interessierte junge Menschen zum Projekt „**Jugend und Parlament**“ nach Berlin ein, wo sie für drei Tage selbst in die Rolle von Abgeordneten schlüpfen und in einem Planspiel das parlamentarische Verfahren der Gesetzgebung nachvollziehen können. 2014 nahm Lukas Zeidler aus Wesenberg, 2016 Nele Heinrich aus Ahrensböck am Planspiel teil, um den Politikbetrieb an den Originalschauplätzen im Deutschen Bundestag erleben zu können. Zusätzlich hat auch die SPD-Bundestagsfraktion mit dem dreitägigen „**Planspiel Zukunftsdialog**“ eine weitere Beteiligungsmöglichkeit für Jugendliche aufgelegt, an der Marcel Müller aus Stockelsdorf vom 30. November bis 2. Dezember 2014 auf meine Einladung hin teilnehmen konnte. Als einer von 93 Teilnehmern aus ganz Deutschland wurde Marcel prompt zum Vorsitzenden der simulierten SPD-Bundestagsfraktion gewählt!

Immer wieder gebe ich auch jungen Menschen aus meinem Wahlkreis die Gelegenheit, als **Praktikanten** in mein Berliner Büro zu kommen – seit Beginn meiner Abgeordnetentätigkeit konnten sich schon 40 junge Menschen über einen dieser „heiß begehrten“ Plätze freuen! In dieser Wahlperiode waren dies Tim Dürbrook (Scharbeutz), Annika Weise (Reinfeld), Jasper Wiezorek (Ahrensböck), Michel Görner (Lensahn), Till Weber (Neumünster), Charleen Schubert und Alisa Lien Gräfinger (beide Lübeck), Jan Jensen (Stockelsdorf), Josha Buhl (Ratekau), Ansgar Löcke (Fehmarn), Matts Nissen (Sierksdorf), Robin Thomas (Köln), Svea Berhofen (Lübeck), Jenny Evers (Oldenburg), Sine Broers (Wakendorf), Jakob Domke (Offenbach), Sophie Faber (Stockelsdorf), Jan-Hendrik Arndt (Neukirchen), Renana Mertin (Süsel), Arne Albrecht (Groß Parin), Simon Bennett (Halle an der Saale), Julian Stange (Sereetz) und Jonna Groth (Reinfeld).



24.08.-24.10.15: Praktikant Jan Jensen



PPP: Thachita Harfst (2016/2017) und Miriam Frey (2015/2016)

Seit 2002 bin ich Patin des **Parlamentarischen Patenschaftsprogramms** mit den USA, das jedes Jahr 350 Jugendlichen aus allen Wahlkreisen die Chance auf einen einjährigen Aufenthalt in Amerika gibt und durch den Deutschen Bundestag finanziert wird. Bisher konnte ich insgesamt 13 Jugendlichen diesen Aufenthalt ermöglichen – seit 2013 machten sich Thore Prüße (Stockelsdorf), Jasper Wiezorek

(Ahrensböck), Miriam Frey (Oldenburg) und Thachita Harfst (Eutin) auf den Weg über den „großen Teich“.

Zahlreiche politisch Interessierte aller Generationen aus meinem Wahlkreis melden sich Jahr für Jahr in meinem Berliner Büro mit dem Anliegen eines Besuches im Reichstag und auf der Kuppel. Von den **insgesamt knapp 13.000 Besuchern aus Ostholstein und Nordstorn**

marn seit meinem Einzug in den Bundestag kamen **seit 2013 allein ca. 2.400 Jugendliche nach Berlin** – Schülergruppen führen bei den Berlinbesuchern deutlich die Gruppe Interessierter an, mit denen ich mich in Sitzungswochen stets zu persönlichen Gesprächen treffe. Insgesamt konnte ich seit 2013 **knapp 3.400 Besuchern** die Möglichkeit eines Bundestagsbesuchs ge-



21.06.16: Immanuel-Kant-Schule aus Reinfeld

ben – darunter fallen jedes Jahr auch 200 Plätze für je vier dreitägige Besuchergruppenreisen. Bei diesen Fahrten sind stets ca. 15 Plätze für engagierte Jugendliche mit ihren pädagogischen Betreuern reserviert, um einen Beitrag zur Überwindung von Politikverdrossenheit und Wahlmüdigkeit gerade bei der jungen Generation zu leisten. Außerdem halte ich Plätze für verdiente Ehrenamtler aus Kommunalpolitik, Vereinen und Verbänden als „Dankeschön“ für ihr gesellschaftliches Engagement bereit.

Allen Klassen biete ich immer **einen Besuch von mir im WiPo-Unterricht der Schulen** an, um über die Arbeit des Bundestages zu berichten, Fragen zu beantworten und gerne auch zu diskutieren. Insgesamt 22 Schulbesuche habe ich seit der letzten Bundestagswahl absolviert, in vielen Schulen war ich auf deren Einladung bereits mehrfach zu Gast – etwa in der Wilhelm-Wisser-Schule Eutin, im Küstengymnasium Neustadt und der Grund- und Gemeinschaftsschule Pönitz. Auch die Inselschule Fehmarn, das Leibnitz-Gymnasium und das Gymnasium am Mühlenberg in Bad Schwartau, die Friedrich-Hiller-Schule Schönwalde, die Elisabeth-Selbert Schule Bad Schwartau, die Gemeinschaftsschule Lensahn, die Gemeinschaftsschule Grömitz, die Cesar-Klein-Schule in Ratekau, die KBS in Oldenburg und die Waldorfschule Lensahn habe ich zu solchen intensiven Gesprächen mit den Schülerinnen und Schülern besucht.

Was sonst noch wichtig war...

Am 14. und 15. März 2015 wählten unsere SPD-Delegierten mich auf dem Landesparteitag in Neumünster **bereits zum fünften Mal zur stellvertretenden Landesvorsitzenden der**



14.03.15: Der Landesvorstand der SPD

SPD Schleswig-Holstein

– seit 2007 arbeite ich also ehrenamtlich als Ralf Stegners Stellvertreterin, seit 2003 gehöre ich dem SPD-Landesvorstand an. In dieser Funktion bin ich

seitdem quasi die „Schnittstelle“ zwischen Landesvorstand und unserer nördlichen Bundestags-Landesgruppe. Ich freue mich, dass Ralf und ich auf dem Landesparteitag vom 27. bis 29. Januar 2017 wieder für eine weitere gemeinsame Wahlzeit als Parteispitze in Schleswig-Holstein kandidieren.

Die **Ehrenplakette des THW** habe ich am **25. August 2014** vom stellvertretenden THW-Landessprecher für Schleswig-Holstein, Rainer Mahn, in Eutin überreicht bekommen. Das THW bedankte sich damit für meinen langjährigen Einsatz: Als stellvertretende haushaltspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion konnte ich an diesem Tag von einer Mittelserhöhung um insgesamt 10 Mio. für 2014 berichten. So viel Geld gab es nie zuvor „on top“ für das THW in den Haushaltsberatungen! Für den Haushalt 2016 bekam das THW dann 208 neue hauptamtliche Stellen und zudem bis 2018 24 Mio. Euro mehr als Unterstützung für die Ortsverbände des THW!



25.08.14: Ehrenplakette des THW



15.04.16: Verleihung des Navigare-Preis vom Nautischen Verein Brunsbüttel

Am **15. April 2016** wurde mir der **Navigare-Preis „für herausragende Verdienste für das Seewesen und in der maritimen Wirtschaft“ vom Nautischen Verein Brunsbüttel e.V.** verliehen, zu der mehr als 250 Gäste gekommen waren. Dieser Preis wird seit 2011 an Persönlichkeiten vergeben, die sich besonders für maritime Belange in und um Brunsbüttel einsetzen. Ich fühle mich sehr geehrt, dass meine Arbeit im

Haushaltsausschuss für den Norden gewürdigt wird – für die Sanierung und den Ausbau des **Nord-Ostsee-Kanals** konnte ich bislang für alle Projekte mit meinen Kollegen im Haushaltsausschuss bewilligen. Unter Peter Harry Carstensen und Schwarz-Gelb im Bund stand für den NOK kein Cent im Haushalt – jetzt sind 1,1 Mrd. Euro und zusätzlich Ingenieure für

Schleswig-Holstein für die WSV beschlossen! Die **Baustellen in Kiel-Holtenau und in Brunsbüttel** habe ich am **8. Juni 2015** gemeinsam mit meinem SPD-Verkehrskollegen Gustav Herzog besichtigt. Dabei sind wir auch mit der Schwebefähre in Rendsburg gefahren, die dann leider ein halbes Jahr später durch einen schweren Unfall einen Totalschaden erlitt. Wir Haushälter haben jetzt für 2017 im Bundeshaushalt sichergestellt: Der **Ersatzneubau der Schwebefähre** ist finanziert!

Rund 50 Gäste sind am **29. Februar 2016** zur **Buchvorstellung und Lesung von „Spiegelbilder – Stegner in Schleswig-Holstein“** in die **Kreisbibliothek Eutin** gekommen. Als Hauptgast konnte ich den Menschen begrüßen, um den es in diesem Buch geht: unseren SPD-Landesvorsitzenden Ralf Stegner. Das Buch vereint 27 verschiedene Perspektiven aus Politik, Kultur, Gewerkschaften und Wirtschaft. Auch ich habe



29.02.16: Lesung von „Spiegelbilder – Stegner in Schleswig-Holstein“ in Eutin.

als Ralfs Stellvertreterin im SPD-Landesverband ein Kapitel verfasst. Darin berichte ich über einige politische „Highlights“ der SPD-Jahre. Noch nie hat mir eine Vorstandsarbeit so viel Freude gemacht wie die im Landesvorstand mit Ralf. Er ist DAS Gesicht der Linken in der SPD. Er ist kein Sturkopf, kein unbelehrbarer Besserwisser. Er fordert die Debatte heraus. Er kann sehr nachdenklich werden und sich korrigieren – was ich besonders schätze. Das Buch empfehle ich Euch ausdrücklich – es lohnt sich sehr! Weitere Lesungen können, wenn Ihr Interesse habt, bei Euch vor Ort erfolgen!

Zum **70. Geburtstag des Landes Schleswig-Holstein** hat der SHZ-Verlag ein weiteres Buch herausgebracht: „Kursbuch Schleswig-Holstein: 70 Jahre Schleswig-Holstein – 70 Gespräche über Verantwortung und Zukunft“, in dem **70 prominente Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft aus unserem Heimatland** gebeten wurden, einen Artikel zu schreiben – darunter auch ich. Die Schirmherrschaft für dieses Buch hat unser Ministerpräsident Torsten Albig inne.



07.03.16: Scheckübergabe an den Kinderschutzbund Ostholstein im Wert von 3.500 Euro

Ich bin stolz, dass ich an den **Kinderschutzbund Ostholstein** am **7. März 2016** einen **Scheck im Wert von 3.500 Euro** für deren engagierte Arbeit mit Flüchtlingsfamilien übergeben konnte. Meinen 60. Geburtstag Ende letzten Jahres hatte ich zum Anlass genommen, um mir von den über 400 Gästen meiner beiden nachträglichen **Geburtstagesempfangen**

– in Berlin am 13. Januar und in Eutin am 10. Februar – statt Geschenken Spenden zugunsten des Kinderschutzbundes zu wünschen, dessen segensreiche Arbeit ich bereits seit den 90er Jahr politisch eng begleite. Ich war überwältigt, dass die über 100 Kolleginnen und Kollegen zu meinem Geburtstagsempfang in Berlin bereits über 1.100 Euro für diesen guten Zweck gespendet hatten und dass im Februar in Eutin die über 300 Gäste aus Vereinen, Verbänden und Unternehmen sowie langjährige politische Weggefährten diesen Spendenbetrag auf insgesamt 3.225 Euro aufstockten. Natürlich war es für mich selbstverständlich, diesen Betrag persönlich auf 3.500 Euro aufzurunden. Ich bin froh, dass es dem Kinderschutzbund jetzt mit dieser namhaften Summe möglich ist, eine pädagogische Fachkraft zur Betreuung von Kleinstkindern überwiegend finanzieren zu können, deren Mütter – als Flüchtlinge bisher oft von der sprachlichen Integration ausgeschlossen – sich nun Dank der Kinderbetreuung voll auf ihre Sprachkurse und auf erlebte Gemeinschaft konzentrieren können.

Gäste bei meinen Geburtstagsempfängen waren u.a. in Berlin Außenminister Frank-Walter Steinmeier, Umweltministerin Barbara Hendricks, CSU-Verkehrsminister Alexander Dobrindt, meine Kollegen aus dem Haushaltsausschuss aus allen vier Fraktionen, wie z.B. Gesine Löttsch (Linke), Vorsitzende des Haushaltsausschusses, als Realo-Führungsfigur der Linken Dietmar Bartsch, ebenso wie Anja Hajduk, Sven Kindler und Tobias Lindner von den Grünen und sogar Ex-FDP-Haushälter Otto Fricke.



Meine Geburtstagstorte von den Fehmaranern

In Eutin kamen unser Ministerpräsident Torsten Albig, Ralf Stegner, Staatsministerin Aydan Özoğuz sowie zahlreiche Unternehmer wie Andreas Leicht (Hansa Park), Ahrend Knoop (SEAT-Händler), Karl Detlefs, Vorstandsmitglied im Wirtschaftsverband Windenergie, und Christan Prinz zu Waldeck, Michael Dieckmann von AMEOS, die Geschäftsführer des Kinderschutzbundes Martin Liegmann und Henning Reimann und für den ehrenamtlichen Vorstand Mechthild Piechulla, ZVO-Verbandsvorsteherin Gesine Strohmeier, die Chefin der Bundesagentur für Arbeit Nord Margit Haupt-Koopmann, der Sprecher des Dialogforums Christoph Jessen, der neue Vorstand der Sparkasse Holstein Michael Ringelhan, soziale Verbände wie AWO-Kreisvorsitzender Klaus Eckstein, DRK-Vorstand Martin Broziat, die Beauftragte für Flüchtlinge und Migration im Gehörlosen-Verband Schleswig-Holstein e.V. Monika Gascard, für die Lebenshilfe OH Suse Voß, Christiane Burgdorf vom Verein „Lebens(t)räume“ Bad Schwartau, Vertreter der Tafeln, Klaus Adler vom Beirat für Menschen mit Behinderung, der Vorsitzende des Kreissportverbands Rolf Röhling, Ingaburgh Klatt von

der KZ-Gedenkstätte Ahrensböök, wichtige regionale „Player“ wie der Landesgeschäftsführer vom Verband kommunaler Unternehmen wie der Stadtwerke Detlef Palm und viele andere!

Mein Team in Berlin und Eutin



Mein Berliner Büroteam mit Annika Weise (ganz links) aus Reinfeld, die vom 30.05.-10.06.16 ein Praktikum in meinem Büro absolvierte

Meine Aufgaben in Berlin und im Wahlkreis könnte ich nicht ohne ein eingespieltes Mitarbeiter-Team bewältigen.

In **Berlin** kümmert sich die zweifache Mutter, Nadine Kadelka, die bei mir vor 12 Jahren als Kauffrau für Bürokommunikation ihre Ausbildung startete und dann erfolgreich absolvierte, um alle Fragen der Büro- und Terminorganisation sowie um die Besuchergruppen. Die wissen-

schaftliche Zuarbeit liegt in den Händen der beiden früheren Eutiner Magnus Bünning und Timo Vogler, die in den vergangenen Jahren bereits als studentische Mitarbeiter in meinem Büro tätig waren und ab April 2017 kürzertreten werden: Magnus Bünning geht für 6 Monate in Elternzeit und Timo Vogler fängt sein juristisches Referendariat an. Seit August 2015 werden die beiden maßgeblich von Ann-Christin Wehmeyer unterstützt, hinzu kam im Oktober 2016 Jan Hantke – beide haben vorher bereits für SPD-Kollegen aus dem Verkehrsausschuss gearbeitet. Als studentische Mitarbeiter unterstützen mich in Berlin der Fehmaraner Ansgar Lücke und Till Weber aus Neumünster. Jana Steinert ist seit Sommer 2014 in Elternzeit und hat bereits ihr zweites Kind bekommen.

Im **Eutiner Wahlkreisbüro** kümmert sich Regina Voß (seit 2012 ehrenamtliche Bürgermeisterin in Kasseedorf) seit 14 Jahren und Kirstin Winter seit 7 Jahren jeweils halbtags um alles, was in Schleswig-Holstein anliegt, und sind Ansprechpartnerinnen für Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Verbände und Institutionen. Neu hinzugekommen ist im Mai 2016 Angela Hüttmann (langjährige SPD-OV-Vorsitzende und u.a. Schulverbandsvorsteherin in Schönwalde).

Ihnen allen gilt mein herzliches Dankeschön – ich freue mich auf die nächsten Jahre mit diesem Team!

Herzlichst, Eure

Bettina

Geburtstagsempfang zu meinem 60. Geburtstag in Berlin und Eutin



Aydan Özoğuz, Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration, und Lars Winter, SPD-Kreisvorsitzender



Jörg Weber, Bürgermeister von Fehmarn



Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Torsten Albig



Meine Praktikantinnen mit Außenminister Frank-Walter Steinmeier



Gisela Poersch, Ehren-Stadtvertreterin und ehemalige Bürgervorsteherin von Eutin



Umweltministerin Barbara Hendricks und Finanzpolitiker Joachim Poß



Gruppenbild mit Regina Poersch, Lars Winter, Aydan Özoğuz, Martin Liegmann und Mechthild Piechulla (Kinderschutzbund), Torsten Albig und Kinderschutzbund-Geschäftsführer Henning Reimann



Haushaltsausschuss-Vorsitzende Gesine Löttsch (LINKE)